

Zwischen-Update 7/2025: AKTUELLES STEUERRECHT DAS STÄNDIGE WISSENS-UPDATE

www.aktuelles-steuerrecht.info

1

REFERENT

IHR REFERENT HEUTE AM 16. OKTOBER 2025



Dirk KrohnBurg/Dithmarschen

AKTUELLES STEUERRECHT Zwischen-Update 7/2025 am 15.10.2025



Agenda

3



AGENDA

ÜBERBLICK

- Aktuelle Gesetzgebung
- Aktuelles aus der Finanzverwaltung
 - Umsatzsteuerliche Einordnung von Umsätzen aus Online- Veranstaltungsdienstleistungen
 - Entgelt für Ersatzaufforstung und für über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehende Bedingungen für eine tiergerechte und nachhaltige Fleischerzeugung
 - Pressemitteilung: LBF NRW wertet zweites großes Datenpaket zu Krypto-Geschäften aus
- Aktuelles aus der Rechtsprechung
 - Zur Gebührenfestsetzung für eine von mehreren Personen beantragte verbindliche Auskunft
 - Akteneinsicht und Auskunft über den Inhalt einer anonymen Anzeige
- Veröffentlichte BFH-Urteile zu Themen des AktStR
- Ausblick



AKTUELLE GESETZGEBUNG STEUERGESETZGEBUNGSVERFAHREN 2025 Standortfördergesetz -**Aktivrentengesetz** Steueränderungsgesetz (Entwurf 9.10.2025) 2025 - StÄndG StoFöG (Entwurf 10.9.2025) (Entwurf 10.9.2025) Gesetz für ein steuerliches Siebte Verordnung zur Änderung Investitionssofortprogramm zur steuerlicher Verordnungen Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland (verkündet 18.7.2025) AKTUELLES STEUERRECHT Zwischen-Update 7/2025 am 16.10.2025



Gesetz für ein steuerliches Investitionssofortprogramm zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland

Verkündet am 18. Juli 2025

7



GESETZ FÜR EIN STEUERLICHES INVESTITIONSSOFORTPROGRAMM

DEGRESSIVE (30 % ODER 3-FACHE DER LINEAREN) AFA

 Abnutzbare bewegliche WG des Anlagevermögens nach dem 30.6.2025 und vor dem 1.1.2028



BERATUNGSHINWEIS

Abschluss des Kaufvertrags

- Nur zeitanteilige Gewährung, also für 2025 max. 15 %
- "neu" oder "gebrauchte"
- Bestandsschutz ab 1.1.2028 für vorherige Investitionen
- Keine Gewinngrenze



GESETZ FÜR EIN STEUERLICHES INVESTITIONSSOFORTPROGRAMM

SONDERABSCHREIBUNG FÜR E-AUTOS (§ 7 ABS. 2A ESTG)

Datum des Kaufvertrags unerheblich



BERATUNGSHINWEIS

Leasing und gebrauchte Fahrzeuge

- Begriff der E-Fahrzeuge
- Höhe: 75 %, 10 %, 5 %, 5 %, 3 %, 2 % der Anschaffungskosten (insg. 100 % über 6 Jahre)



BERATUNGSHINWEIS

Keine zeitanteilige Abschreibung

- Gilt nur für Gewinneinkünfte
- Keine Gewinngrenze & aber ggf. Kombination mit IAB
- Umfang der Privatnutzung unbeachtlich
- Hohe (ggf. begünstigte) Veräußerungsgewinne

AKTUELLES STEUERRECHT Zwischen-Update 7/2025 am 16.10.2025

q



GESETZ FÜR EIN STEUERLICHES INVESTITIONSSOFORTPROGRAMM

LISTENPREISGRENZE

- Erhöhung von 70.000 EUR auf 100.000 EUR
- Jeweils ein Viertel der BMG bei der 1%-Regelung oder Anwendung der Fahrtenbuchmethode
- Bei mehr als 70.000 EUR Ansatz mit 50 %
- Anschaffungen ab Juli 2025: 100.000 EUR Wertgrenze



BERATUNGSHINWEIS

Geldwerter Vorteil

AKTUELLES STEUERRECHT Zwischen-Update 7/2025 am 16.10.2025

1



Steueränderungsgesetz 2025

Regierungsentwurf vom 10. September 2025

11

STEUERÄNDERUNGSGESETZ 2025

Entwurf eines Zeitplans Steueränderungsgesetz 2025 Regierungsentwurf

*Eb: Besonders eilbedürftig nach Art. 76 Abs. 2 GG

*Vb: Vorratsbeschluss *Fv: Fristverkürzung

	Zeitplan Regierungsentwurf *Eb	
Kabinettbeschluss über RegEntwurf	10.09.25	
Zuleitung Bundesrat	11.09.25	
Beratung im BR-Finanzausschuss	02.10.25	
1. Beratung BR	17.10.25 *Fv	
Kabinettbeschluss über Gegenäußerung	29.10.25	
Bundestag, 1. Lesung	09.10.25 *Eb	
BT-FA 1. Dg.	08.10.25 *Vb	
Anhörung im BT-Finanzausschuss	10.11.25	
Beratung im BT-Finanzausschuss	12.11.25	
Abschließende Beratung im BT- Finanzausschuss	03.12.25	
Bundestag, 2./3. Lesung	05.12.25	
Beratung im BR-Finanzausschuss		
2. Beratung Bundesrat	19.12.25 *Fv	

AKTUELLES STEUERRECHT Zwischen-Update 7/2025 am 16.10.2025



ANHEBUNG DER ÜBUNGSLEITER- UND EHRENAMTSPAUSCHALE, § 3 NR. 26, 26A ESTG (1)

- Übungsleiterfreibetrag (§ 3 Nr. 26 EStG): 3.000 EUR → 3.300 EUR
 - Neben der Erhöhung wird klargestellt, dass die Voraussetzung der Förderung gemeinnütziger, mildtätiger oder kirchlicher Zwecke (§§ 52 bis 54 AO) sowohl für juristischen Person des öffentlichen Rechts als auch für Körperschaften, die unter § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG fallen, gelten.
 - Anwendung der Erhöhung ab VZ 2026
 - Anwendung der "Klarstellung" ab dem Tag der Verkündung in allen offenen Fällen!!!
 - Ist Vortragstätigkeit gemeinnützig? → Hinweis auf § 52 Abs. 2 Nr. 7 AO "die Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsausbildung einschließlich Studentenhilfe"

AKTUELLES STEUERRECHT Zwischen-Update 7/2025 am 16.10.2025

13



STEUERÄNDERUNGSGESETZ 2025

ANHEBUNG DER ÜBUNGSLEITER- UND EHRENAMTSPAUSCHALE, § 3 NR. 26, 26A ESTG (2)

- Ehrenamtspauschale (§ 3 Nr. 26a EStG): 840 EUR → 960 EUR
 - Neben der Erhöhung wird klargestellt, dass die Voraussetzung der Förderung gemeinnütziger, mildtätiger oder kirchlicher Zwecke (§§ 52 bis 54 AO) sowohl für juristischen Person des öffentlichen Rechts als auch für Körperschaften, die unter § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG fallen, gelten.
 - Anwendung der Erhöhung ab VZ 2026
 - Anwendung der "Klarstellung" ab dem Tag der Verkündung in allen offenen Fällen!!!





ANHEBUNG ENTFERNUNGSPAUSCHALE, § 9 ABS. 1 S. 3 ESTG

- Entfernungspauschale:
 - Anhebung auf 0,38 €/km einheitlich ab dem ersten km
 - Anhebung Entfernungspauschale bei doppelter Haushaltsführung auf 0,38 EUR/km
 - Anwendung ab VZ 2026
 - Begründung: Durch die Anhebung der Entfernungspauschale auf 38 Cent soll die Entlastung Fernpendler verstetigt werden. Aus Gründen der Gleichbehandlung soll nunmehr ab dem ersten Entfernungskilometer 38 Cent für alle Steuerpflichtigen gewährt werden.

AKTUELLES STEUERRECHT Zwischen-Update 7/2025 am 16.10.2025

15



STEUERÄNDERUNGSGESETZ 2025

MOBILITÄTSPRÄMIE, § 101 S. 1 ESTG

- Aufhebung der zeitlichen Begrenzung
 - Anwendung ab VZ 2026
 - Begründung: Mit der Aufhebung der zeitlichen Befristung der Mobilitätsprämie sollen Steuerpflichtige mit geringeren Einkünften auch nach 2026 weiterhin die Mobilitätsprämie erhalten.



UMSATZSTEUER (1)

- Senkung des USt-Satzes für die Gastronomie auf 7 % für Speisen § 12 Abs. 2 Nr. 15 UStG
 - Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen
 - Nicht für Getränke = Aufteilungsproblematik
 - Anwendung ab dem 1.1.2026 Dauerhaft
 - Rechtzeitige Umstellung der Kassen / Beachtung bei aktuellen Vereinbarungen für Veranstaltungen nach dem 31.12.2025
 - Begründung: Ziel der Maßnahme ist die wirtschaftliche Unterstützung der Gastronomiebranche. Außerdem sollen Wettbewerbsverzerrungen vermieden werden, da gelieferte oder mitgenommene Speisen bereits dem ermäßigten Umsatzsteuersatz unterliegen.

AKTUELLES STEUERRECHT Zwischen-Update 7/2025 am 16.10.2025

17



STEUERÄNDERUNGSGESETZ 2025

UMSATZSTEUER (2)

- Vorsteuer-Vergütungsverfahren § 18g Satz 5 UStG
 - Die elektronische Bescheidbekanntgabe über die Nichtweiterleitung eines Antrages auf Vorsteuer-Vergütung durch das BZSt soll im Hinblick auf § 122a AO in der ab 1.1.2026 geltenden Fassung als Regelfall ausgestaltet werden, indem das derzeitige Zustimmungserfordernis des inländischen Unternehmers abgeschafft wird.
 - Anwendung ab dem 1.1.2026



GEMEINNÜTZIGKEIT (§§ 52 FF. AO) (1)

- Anhebung der Freigrenze für den steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb auf 50.000 EUR (§ 64 Abs. 3 S. 1 AO)
- Anhebung der Freigrenze bei der Pflicht zur zeitnahen Mittelverwendung auf 100.000 EUR (§ 55 Abs. 1 Nr. 5 S. 4 AO)
- Verzicht auf eine Sphärenzuordnung von Einnahmen, bei Körperschaften mit Einnahmen unter 50.000 Euro (§ 64 Abs. 3 S. 2 AO)
- Photovoltaikanlagen als steuerlich unschädliche Betätigung bei der Gemeinnützigkeit (§ 58 Nr. 11 AO)
- Anwendung aller Änderungen im Gemeinnützigkeitsrecht ab dem 1.1.2026

AKTUELLES STEUERRECHT Zwischen-Update 7/2025 am 16.10.2025

19



STEUERÄNDERUNGSGESETZ 2025

GEMEINNÜTZIGKEIT (§§ 52 FF. AO) (2)

- E-Sport als neuer gemeinnütziger Zweck (§ 52 Abs. 2 S. 1 Nr. 21 AO)
 - Definition:

Beim E-Sport handelt es sich um einen sportlichen, digitalen Wettkampf, bei dem Menschen mit Hilfe physischer Kontrollelemente (Controller, Tastatur, etc.) Videospiele am Computer oder einer Spielkonsole gegeneinander spielen. Das Spielfeld, die zu betrachtenden Regeln sowie das Resultat werden dabei durch die zu Grunde liegende Software definiert. Die motorischen Fähigkeiten der spielenden Personen müssen dabei maßgeblichen Einfluss auf den Spielerfolg haben, er darf gerade nicht lediglich vom Zufall abhängen. Durch die Ausübung von E-Sport wird insbesondere die Zusammenarbeit in einem Team sowie die Reaktionsfähigkeit geschult, diese stellen maßgebliche Faktoren für den Erfolg dar. Weiterhin ist es mit dem Grundsatz der Förderung der Allgemeinheit nicht vereinbar, wenn in einem Spiel der Einsatz von Geld über den Erwerb des Spiels

AKTUELLES STEUERRECHT Zwischen-Update 7/2025 am 16.10.2025

hinaus wettbewerbsrelevante Vorteile verschafft (z. B. "EA FC - Ultimate Team").





Standortfördergesetz - StoFöG

Regierungsentwurf vom 10. September 2025

21



STANDORTFÖRDERGESETZ - STOFÖG

VERÄUßERUNG VON ANTEILEN AN KAPG DURCH PERSONEN-UNTERNEHMEN – § 6B ABS. 10 ESTG

- Die Möglichkeit zur Übertragung von stillen Reserven aus der Veräußerung von Anteilen an KapG in § 6b Abs. 10 EStG (sog. Roll-Over) soll von 500.000 EUR auf 2 Mio. EUR erhöht werden.
- Diese Erhöhung soll vorgenommen werden, um größere Spielräume für betriebliche Reinvestitionen zu schaffen.
- Anwendung erstmals auf Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an KapG, die in nach dem Tag nach der Verkündung beginnenden Wirtschaftsjahrs entstanden sind.





Aktivrentengesetz

Referentenentwurf vom 9. Oktober 2025

23

ARBEITSMARKTSTÄRKUNGSGESETZ

MAßNAHMEN ZUR STÄRKUNG DES ARBEITSMARKTS (1)

- Steuerfreie Aktivrente (§ 3 Nr. 21 EStG-E)
 - Arbeitslohn aus nichtselbstständiger Arbeit bis zu 2.000 EUR im Monat in Form eines Steuerfreibetrags
 - Erreichung der gesetzlichen Regelaltersgrenze (67 Lj.)
 - Keine Kürzung der Rente
 - Bei Arbeitnehmern und Arbeitgebern nicht sozialversicherungsfrei (Kranken- und Pflegeversicherung)
 - Bei Arbeitgebern zusätzlich der gesetzlichen Renten- und Arbeitslosenversicherung
 - Keine Anwendung des Progressionsvorbehalt (§ 32b Abs. 1 S. 1 Nr. 1b EStG-E) Beschluss Koalitionsrunde 8.10.2025)

AKTUELLES STEUERRECHT Zwischen-Update 7/2025 am 16.10.2025



ARBEITSMARKTSTÄRKUNGSGESETZ

MAßNAHMEN ZUR STÄRKUNG DES ARBEITSMARKTS (2)

- Steuerfreie Aktivrente (§ 3 Nr. 21 EStG-E)
 - Keine Begünstigung Einkünfte aus selbständiger, gewerblicher und Tätigkeiten im Bereich der Land- und Forstwirtschaft, Arbeitslohn von Beamten und geringfügig Beschäftigte
 - Risiko der verfassungsrechtlichen Überprüfung
 - Berücksichtigung der Steuerbefreiung bereits im Lohnsteuerabzugsverfahren (mehr Netto / nicht erst über die Steuererklärung)
 - Evaluierung nach zwei Jahren
 - Anwendung ab dem 1.1.2026

AKTUELLES STEUERRECHT Zwischen-Update 7/2025 am 16.10.2025



25



Nicht mehr im Entwurf enthalten

MAßNAHMEN ZUR STÄRKUNG DES ARBEITSMARKTS (3)

- Steuerfreie Überstundenzuschläge (§ 3b Abs. 4 EStG-E)
 - Freistellung bei Arbeitsnehmern, soweit sie 25 % des Grundlohns nicht übersteigen
 - Überstunden sind dabei die über die mtl. Normalarbeitszeit hinaus geleisteten Stunden
 - Nichtanwendung, wenn im zurückliegenden Jahr einer Verringerung der Arbeitszeit vorgenommen wurde oder ein teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmer weniger als 12 Monate bei einem Arbeitgeber beschäftigt war
 - Rückausnahme, wenn die Herabsetzung vor dem 1. Juli 2025 vereinbart oder der Arbeitsvertrag vor diesem Datum abgeschlossen wurde
 - Anwendung ab dem 1.1.2026





ARBEITSMARKTSTÄRKUNGSGESETZ

Nicht mehr im Entwurf enthalten

MAßNAHMEN ZUR STÄRKUNG DES ARBEITSMARKTS (4)

- Steuerfreie Teilzeitaufstockungsprämie (§ 3 Nr. 73 EStG-E)
 - Steuerfrei bis zu 4.500 EUR für zusätzliche einmalige Prämienzahlungen (auch Sachbezüge möglich) neben dem Arbeitslohn für die Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit
 - Steuerfrei, wenn Prämie 225 EUR pro erhöhte Wochenstunde und max. 4.500 EUR nicht übersteigt – Erhöhung Arbeitszeit muss für 24 Monate gelten
 - Im Zeitpunkt der Erhöhung der Arbeitszeit darf keine im Voraus bestimmte zeitlich begrenzte Teilzeittätigkeit mit einer verbleibenden Laufzeit von weniger als 24 Monate vorliegen.
 - Außerdem darf die Arbeitszeit innerhalb der letzten 12 Monate nicht verringert worden sein, es sei denn, die Verringerung der Arbeitszeit wurde schon vor dem 1.7.2025 vereinbart
 - Anwendung ab dem 1.1.2026

AKTUELLES STEUERRECHT Zwischen-Update 7/2025 am 16.10.2025

27



GRUNE • KAMINSKI • KROHN • MESSNER • PERSCHON • SEIFERT

Aktuelles aus der Finanzverwaltung



BMF: Umsatzsteuerliche Einordnung von Umsätzen aus Online-Veranstaltungsdienstleistungen

BMF-Schreiben vom 8. August 2025 – III C 3 - S 7117-j/21/10002 :004 (2024/0136327)

29



UMSATZSTEUERLICHE EINORDNUNG VON UMSÄTZEN AUS ONLINE-VERANSTALTUNGSDIENSTLEISTUNGEN

GEÄNDERTES BMF-SCHREIBEN (1)

- Das BMF-Schreiben ergänzt den UStAE an diversen Stellen, insb. Abschn. 3a.6 Abs. 2b, Abschn. 4.20.1 Abs. 1, Abschn. 4.21.2 Abs. 2 und Abschn. 12.5 Abs. 6 UStAE. Dabei werden in einem ersten Schritt alle Änderungen des UStAE aus dem BMF-Schreiben vom 29.4.2024 aufgehoben und in einem zweiten Schritt bis auf einen Hinweis in Abschn. 3.10 Abs. 6 UStAE alle wieder identisch mit aufgenommen.
- Die FinVerw unterscheidet weiterhin zwischen dem Angebot vorproduzierter Inhalte, dem Live-Streaming und den Leistungskombinationen.
 - Werden vorproduzierte Inhalte den Nutzern über das Internet bereitgestellt und können die Nutzer diese Angebote downloaden oder streamen, handelt es sich um eine auf elektronischem Weg erbrachte Leistung, die dort ausgeführt ist, wo der nichtunternehmerische Leistungsempfänger ansässig ist (§ 3a Abs. 5 UStG, soweit die unionseinheitliche Umsatzschwelle von 10.000 EUR überschritten ist).





UMSATZSTEUERLICHE EINORDNUNG VON UMSÄTZEN AUS ONLINE-VERANSTALTUNGSDIENSTLEISTUNGEN

GEÄNDERTES BMF-SCHREIBEN (2)

- Bei der Bereitstellung eines Live-Streamings handelt es sich soweit der Leistungsempfänger ein Nichtunternehmer ist – um eine Leistung i.S.d. § 3a Abs. 3 Nr. 3 Buchst. a UStG (kulturelle, künstlerische, wissenschaftliche, unterrichtende, sportliche, unterhaltende oder ähnliche Leistungen). Als Leistungsort gilt der Ort, an dem der Leistungsempfänger ansässig ist.
- Wichtig: Bei einem Live-Streaming die Steuerbefreiung nach § 4 Nr. 20 UStG sowie

 soweit keine Steuerbefreiung einschlägig ist der ermäßigte Steuersatz nach § 12

 Abs. 2 Nr. 7 Buchst. a UStG zur Anwendung kommen.
- Wird neben dem Live-Streaming auch die Nutzung von Aufzeichnungen angeboten, handelt es sich um eine Leistungskombination. In diesen Fällen kann es sich um eine einheitliche Leistung eigener Art oder um jeweils getrennt zu beurteilende Leistungen handeln.

HINWEIS

Ausführlich im AktStR 4/2025 von Herrn Dr. Jörg Grune

AKTUELLES STEUERRECHT Zwischen-Update 7/2024 am 16.10.2025



31

U7|25 GRUNE • KAMINSKI • KROHN • MESSNER • PERSCHON • SEIFERT

BMF: Land- und forstwirtschaftliche Dienstleistungen; Entgelt für Ersatzaufforstung und für über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehende Bedingungen für eine tiergerechte und nachhaltige Fleischerzeugung

BMF-Schreiben vom 30. September 2025 – III C 2 - S 7410/00029/042/052



UMSATZSTEUERLICHE BEHANDLUNG VON ENTGELT FÜR ERSATZAUFFORSTUNG UND FLEISCHERZEUGUNG

ÄNDERUNG DER USTAE – REAKTION AUF BFH VOM 29.8.2024 – V R 15/23

- Leistung, die ein Tierzuchtbetrieb gegen Entgelt erbringt, indem er über gesetzliche Anforderungen hinausgehende Bedingungen für eine tiergerechte und nachhaltige Fleischerzeugung einhält
 - BFH: Entgelt unterliegt der Durchschnittssatzbesteuerung nach § 24 Abs. 1 UStG, da es nicht ausnahmslos auf eine unmittelbare Verwendung der Leistung für LuF Zwecke beim Empfänger ankommt
 - FinVerw: Anpassung Abschn. 24.3. Abs. 5 des UStAE: Anerkennung BFH
 - Aufnahme eines Beispiels 3:

Ein pauschalierender Landwirt (Putenzuchtbetrieb) erhält i.R.e.Programms zur Förderung einer tiergerechten und nachhaltigeren Fleischerzeugung eine Vergütung für die Einhaltung höherer Tierwohlstandards, die über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehen. Der Leistungsempfänger (Aufleger des Förderprogramms) verfolgt ausschließlich den Zweck, die Art und Weise der landwirtschaftlichen Produktion des leistenden Unternehmers zu beeinflussen.

Die Leistung unterliegt der Durchschnittsatzbesteuerung.

AKTUELLES STEUERRECHT Zwischen-Update 7/2024 am 16.10.2025



33



UMSATZSTEUERLICHE BEHANDLUNG VON ENTGELT FÜR ERSATZAUFFORSTUNG UND FLEISCHERZEUGUNG

ÄNDERUNG DER USTAE – REAKTION AUF BFH VOM 19.12.2024 – V R 18/22

- Aufforstungsleistung, die ein Forstwirt auf eigenen Flächen gegen Entgelt erbringt, damit er gegenüber einer Behörde eine Ersatzaufforstung nachweisen kann
 - BFH: Entgelt unterliegt nicht der Durchschnittssatzbesteuerung nach § 24 Abs. 1 UStG
 - FinVerw: Aufnahme der Entscheidung in Abschn. 24.3. Abs. 12 11. Spiegelstrich des UStAE





Ministerium der Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen, LBF NRW wertet zweites großes Datenpaket zu Krypto-Geschäften aus

Pressemitteilung vom 25.9.2025

35



NRW WERTET ZWEITES GROßES DATENPAKET ZU KRYPTO-GESCHÄFTEN AUS

KAMPF GEGEN STEUERHINTERZIEHUNG BEI GEWINNEN IN KRYPTOWÄHRUNGEN (1)

- Das Landesamt zur Bekämpfung der Finanzkriminalität (LBF NRW) verschärft Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung im Zusammenhang mit Kryptowährungen.
- Grundlage ist ein umfangreiches Datenpaket, das dem LBF NRW aktuell zur Auswertung vorliegt (Basis: Sammelauskunftsersuchen aus dem Jahr 2023 an Handelsplattformen).
- Nach dem ersten erfolgreichen Sammelauskunftsersuchen liegt in NRW nunmehr ein zweites Datenpaket über den Handel mit Kryptowährungen aus dem gesamten Bundesgebiet vor (ca. 4000 Steuerfälle). Die Daten werden aufbereitet und anschließend bundesweit zur weiteren steuerlichen Bearbeitung an die zuständigen Stellen verteilt.
- "Der Handel mit Kryptowährungen ist keine Randerscheinung mehr und der Markt wächst weiter. Die Auswertungen zeigen klar: Es geht hier nicht nur um Kleinstbeträge, sondern auch um erhebliche Summen, die beim Handel mit Kryptowährungen erzielt werden. Solche Gewinne sind nicht zu übersehen und müssen in der Steuererklärung angegeben werden."

AKTUELLES STEUERRECHT Zwischen-Update 7/2024 am 16.10.2025



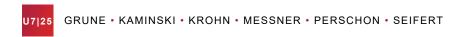
NRW WERTET ZWEITES GROßES DATENPAKET ZU KRYPTO-GESCHÄFTEN AUS

KAMPF GEGEN STEUERHINTERZIEHUNG BEI GEWINNEN IN KRYPTOWÄHRUNGEN (2)

- Die Fälle aus dem 1. Auskunftsersuchen wurden mit einem bisherigen Mehrergebnis in hoher einstelliger Millionenhöhe (Stand August 2025) bearbeitet. Die Aufarbeitung insbesondere der ermittlungsintensiven Fälle ist aber noch nicht abgeschlossen, so dass im endgültigen Ergebnis eine deutlich höhere Summe zu erwarten ist.
- Zum Hintergrund: Gewinne aus der Veräußerung von Kryptowerten im Privatvermögen wie beispielsweise Bitcoin und Ether sind innerhalb der einjährigen Veräußerungsfrist steuerpflichtig und in der Einkommensteuererklärung anzugeben. Auch Tätigkeiten wie Mining, Forging, Staking oder Lending im Zusammenhang mit Kryptowerten im Privatvermögen müssen erklärt werden.

AKTUELLES STEUERRECHT Zwischen-Update 7/2024 am 16.10.2025

37



Aktuelles aus der Rechtsprechung



Zur Gebührenfestsetzung für eine von mehreren Personen beantragte verbindliche Auskunft

BFH-Urteil vom 3. Juli 2025 - IV R 6/23

39



AKTUELLES AUS DER RECHTSPRECHUNG: ZUR GEBÜHRENFESTSETZUNG FÜR EINE VON MEHREREN PERSONEN BEANTRAGTE VERBINDLICHE AUSKUNFT

SACHVERHALT (1)

Die Klägerinnen (8 Kläger) waren teils unmittelbar und teils mittelbar über die N-GmbH & Co. KG an einer Holdinggesellschaft beteiligt. Die Beteiligungen waren teilweise mit einem Ertragsnießbrauch belastet.

Um eine Veräußerung der Gesellschaftsanteile an fremde Dritte zu verhindern, wollten die Kläger eine neue GmbH errichten, in der die Gesellschaftsanteile der Kläger an der Holdinggesellschaft gebündelt werden sollten. Hierzu wollten sie ihre Anteile an der Holdinggesellschaft zunächst in eine neu zu gründende GmbH & Co. KG einlegen. Anschließend sollte ein Formwechsel in eine GmbH vollzogen werden.

Die Kläger beantragten gemeinsam mit Schreiben vom 12.4.2019 beim Finanzamt in Bezug auf die geplante mehrstufige Umstrukturierung die Erteilung einer verbindlichen Auskunft. Ziel war die Klärung der Frage, ob die geplante Umstrukturierung ohne Aufdeckung stiller Reserven vollzogen werden kann.

AKTUELLES STEUERRECHT Zwischen-Update 7/2024 am 16.10.2025

AKTUELLES AUS DER RECHTSPRECHUNG: ZUR GEBÜHRENFESTSETZUNG FÜR EINE VON MEHREREN PERSONEN BEANTRAGTE VERBINDLICHE AUSKUNFT

SACHVERHALT (2)

Im Schreiben vom 12.4.2019 waren als Antragsteller alle Kläger namentlich bezeichnet. Der Sachverhalt enthielt Angaben zu den einzelnen Beteiligungsverhältnissen sowie zu dem Ertragsnießbrauch, mit dem die Beteiligungen teilweise belastet waren. Gegenstand des Auskunftsersuchens waren sechs Rechtsfragen zu dem geplanten Umstrukturierungsvorgang.

In dem Antrag wurde darauf hingewiesen, dass der Sachverhalt von mehreren Personen gleichermaßen verwirklicht und daher die Auskunft von mehreren Beteiligten gemeinsam beantragt werde.

Das Finanzamt erteilte mit Schreiben jeweils vom 29.5.2019 acht inhaltsgleiche verbindliche Auskünfte und setzte ausgehend vom gesetzlichen Gebührenhöchstwert jeweils eine Gebühr i.H.v. 109.736 EUR gegenüber den Klägern fest.

AKTUELLES STEUERRECHT Zwischen-Update 7/2024 am 16.10.2025

41



AKTUELLES AUS DER RECHTSPRECHUNG: ZUR GEBÜHRENFESTSETZUNG FÜR EINE VON MEHREREN PERSONEN BEANTRAGTE VERBINDLICHE AUSKUNFT

ENTSCHEIDUNG

- Gemäß § 89 Abs. 3 S. 1 AO wird für die Bearbeitung eines Antrags auf Erteilung einer verbindlichen Auskunft nach § 89 Abs. 2 AO eine Gebühr erhoben.
- Wird eine verbindliche Auskunft gegenüber mehreren Antragstellern einheitlich erteilt, ist nur eine Gebühr zu erheben; in diesem Fall sind alle Antragsteller Gesamtschuldner der Gebühr (§ 89 Abs. 3 S. 2 AO).
- Nach dem Wortlaut des § 89 Abs. 3 S. 2 AO hängt die Festsetzung nur einer Gebühr davon ab, dass die verbindliche Auskunft gegenüber mehreren Antragstellern einheitlich erteilt wird.
- Dass § 89 Abs. 3 S. 2 AO wie das Finanzamt meint nur dann Anwendung findet, wenn die Voraussetzungen des § 1 Abs. 2 StAuskV* gegeben sind, ist dem Wortlaut des Gesetzes nicht zu entnehmen.
- Nach Anwendung dieser Grundsätze ist gegenüber den Klägern nur eine Gebühr in Höhe der Höchstgebühr erhoben werden darf.





Akteneinsicht und Auskunft über den Inhalt einer anonymen Anzeige

BFH-Urteil vom 15. Juli 2025 - IX R 25/24

43



AKTUELLES AUS DER RECHTSPRECHUNG: AKTENEINSICHT UND AUSKUNFT ÜBER DEN INHALT EINER ANONYMEN ANZEIGE

SACHVERHALT

Die Klägerin, eine Personenhandelsgesellschaft, führte einen gastronomischen Betrieb. Das Finanzamt führte in der Folge einer anonymen Anzeige bei der Klägerin im Juni 2023 eine Kassen-Nachschau durch. Steuerstrafrechtliche oder ordnungsrechtliche Vorwürfe erwuchsen hieraus ebenso wenig wie steuerliche Nachforderungen.

Die Klägerin beantragte im Nachgang zur Kassen-Nachschau am 20.6.2023 Einsicht in die für sie beim Finanzamt geführten Verwaltungsvorgänge, um auf diese Weise Kenntnis vom Inhalt der anonymen Anzeige zu erhalten. Diesen Antrag lehnte das Finanzamt ab.

Am 6.7.2023 beantragten die Kläger beim Finanzamt Auskunft, ob und falls ja, welche personenbezogenen Daten über sie verarbeitet würden (DSGVO). Mit Bescheid vom 12.7.2023 erteilte das Finanzamt Auskunft. Die von den Klägern insb. begehrte Auskunft über den Anzeigeerstatter und die wortgetreue Wiedergabe der Anzeige lehnte es dagegen ab.





AKTUELLES AUS DER RECHTSPRECHUNG: AKTENEINSICHT UND AUSKUNFT ÜBER DEN INHALT EINER ANONYMEN ANZEIGE

ENTSCHEIDUNG (1)

- Das Interesse eines Stpfl. auf Kenntnisnahme einer gegen ihn gerichteten, in den Steuerakten der Finanzbehörde befindlichen anonymen Anzeige ist i.R.d. behördlichen Ermessensentscheidung über den Antrag auf Akteneinsicht gegen die kollidierenden Geheimhaltungsinteressen des Anzeigeerstatters und der Finanzbehörde abzuwägen.
- Beinhaltet eine anonyme Anzeige Informationen, die einen Stpfl. persönlich betreffen, liegen für ihn insoweit personenbezogene Daten i.S.v. Art. 4 Nr. 1 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) vor, die grundsätzlich vom Tatbestand des datenschutzrechtlichen Auskunftsanspruchs gemäß Art. 15 Abs. 1 DSGVO erfasst sind.
- Der auf Art. 23 Abs. 1 DSGVO beruhende Ausschluss des Auskunftsanspruchs nach § 32c Abs. 1 Nr. 1 der Abgabenordnung (AO) ist mit Unionsrecht vereinbar.

AKTUELLES STEUERRECHT Zwischen-Update 7/2024 am 16.10.2025

45



AKTUELLES AUS DER RECHTSPRECHUNG:

AKTENEINSICHT UND AUSKUNFT ÜBER DEN INHALT EINER ANONYMEN ANZEIGE

ENTSCHEIDUNG (2)

Eine Finanzbehörde muss über den Inhalt einer ihr vorliegenden anonymen Anzeige gegenüber dem betroffenen Steuerpflichtigen keine Auskunft nach Art. 15 Abs. 1 DSGVO erteilen, wenn das Geheimhaltungsinteresse der Behörde zum Zwecke der Erfüllung ihrer Aufgaben sowie der aus § 30 AO herrührende Identitätsschutz des Anzeigeerstatters im Einzelfall höher wiegen als das Informationsinteresse des Steuerpflichtigen.



HINWEIS

Perschon in AktStR 3/2025 Seite 531

AKTUELLES STEUERRECHT Zwischen-Update 7/2024 am 16.10.2025





Veröffentlichte BFH-Urteile zu Themen des AktStR

47

VERÖFFENTLICHE BFH-URTEILE ZU THEMEN DES AKTSTR

STAND OKTOBER 2025

Thema	Fundstelle	Anwendung durch BMF
Anrechnung der GewSt nach § 35 EStG bei abweichenden Wirtschaftsjahren	AktStR 2025, 435	26.9.2025
Erweiterte Kürzung und Drei-Objekt-Grenze bei erstmaligen Grundstücksveräußerungen im sechsten Jahr	AktStR 2025, 449	10.7.2025
Erbschaftsteuer bei Rentenzahlungen aus dem Vermögen einer liechtensteinischen Stiftung	AktStR 2025, 461	18.8.2025
Aufteilung eines einheitlichen Gesamtentgelts auf Liefergegenstände mit verschiedenen Steuersätzen in der Systemgastronomie	AktStR 2025, 519	22.7.2025





AUSBLICK

THEMEN AKTSTR 4/2025 (1)

EStG

- Besteuerung von Gewinnen aus Online-Poker
- Korrespondierende Bilanzierung von Darlehensforderungen im Sonderbetriebsvermögen bei Betriebsaufgabe
- Abschreibung nach Wegfall der gewerblichen Prägung einer Personengesellschaft Änderung wegen eines rückwirkenden Ereignisses
- Rückabwicklung einer Anteilsübertragung wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage
- Aktuelles zur Immobilienbesteuerung unter Berücksichtigung der Änderungen der EStDV
- Single-Haushalte und doppelte Haushaltsführung

AKTUELLES STEUERRECHT Zwischen-Update 7/2024 am 16.10.2025



AUSBLICK

THEMEN AKTSTR 4/2025 (2)

GewStG

 Gewerbesteuerrechtliche Zurechnung des Gewinns aus der Anteilsveräußerung bei doppelstöckigen Personengesellschaften

ErbStG

- Werterhöhung von Anteilen an einer Kapitalgesellschaft gesellschafterbezogene Kapitalrücklage
- Schenkungswiderruf, fiktiver Nießbrauch

GrEStG

 Zweimalige Festsetzung von Grunderwerbsteuer beim Erwerb von Kapitalgesellschaftsanteilen (Signing/Closing-Problematik)

AKTUELLES STEUERRECHT Zwischen-Update 7/2024 am 16.10.2025

51



AUSBLICK

THEMEN AKTSTR 4/2025 (3)

UStG

- Umsatzsteuerbefreiung bei Übernahme eines ärztlichen Notfalldienstes gegen Entgelt
- Umsatzsteuerliche Einordnung von Online-Veranstaltungsdienstleistungen und von Online-Unterricht nach dem Fernunterrichtsschutzgesetz

AKTUELLES STEUERRECHT Zwischen-Update 7/2024 am 16.10.2025

HINWEIS AUF UNSERE ZWISCHEN-UPDATES 2025



53

Zwischen-Update-Webinar-Termine,

jeweils ab 10.00 Uhr

(Dauer ca. 1 - 2 Stunden)

Do., 16.01.2025 Prof. Dr. Bert Kaminski

Do., 13.02.2025 Dr. Jörg Grune

Mi., 16.04.2025 Prof. Dr. Bert Kaminski

Do., 15.05.2025 Michael Seifert

Do., 17.07.2025 Dr. Jörg Grune

Do., 14.08.2025 Dr. Jörg Grune

Do., 16.10.2025 Dirk Krohn

Do., 18.12.2025 Michael Seifert